



Einladung

Stadt Erlangen

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

1. Sitzung • Mittwoch, 20.01.2010 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nichtöffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|--------|--|--------------------------------|
| 7. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 8. | Jahresüberschuss Sparkasse geht an Stadt für gemeinnützige Zwecke
Fraktionsantrag Nr. 311/2009 der Fraktion Grüne Liste vom 01.12.2009 | 13-2/007/2010
Beschluss |
| 9. | Kommunales Integrationsprojekt (Nachfolge SPUTNIK)
Anträge zum Haushalt 2010 Nr. 303/2009 und 331/2009 der FDP-
Fraktion "Nachfolgeprogramm SPUTNIK" | 13/001/2010
Gutachten |
| 10. | Beratung und Behandlung der Anträge zum Haushalt 2010 für die
unten genannten Ämter | |
| 10.1. | Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010 (siehe
Verwaltungsvorlage)
Neufassung
hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2009 für die
Sitzung des HFGA-HH am 20.01.2010 | BM/ZV/004/2010
Gutachten |
| 10.1.1 | Anträge zum Haushalt 2010
Fraktionsantrag Nr. 286/2009 der Fraktion Erlanger Linke
Antrag auf Nivellierung der Gewerbesteuer und Grundsteuer B
Abstimmungsskript Seite 93, Ergebnishaushalt Nr. 4 | 202/002/2009
Kenntnisnahme |
| 10.1.2 | Anträge zum Haushalt 2010;
hier: Änderungsantrag Nr. 284/2009 der Fraktion Erlanger Linke
Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum
Ergebnishaushalt
Seite 12, Nr. HH 12 | 13-2/001/2010
Kenntnisnahme |
| 10.1.3 | Anträge zum Haushalt 2010
Antrag Erlanger Linke Nr. 283/2009 - Eingang 1.12.2009
"Antrag Bürgerhaushalt"
Abstimmungsskript Seite 90, Ergebnishaushalt lfd. Nr. 20.4 (Seite 21) | II/018/2010
Kenntnisnahme |

- 10.1.4 Anträge zum Haushalt 2010 II/019/2010
Antrag Erlanger Linke Nr. 287/2009
Kapitalerhöhung GEWOBAU
Abstimmungsskript Seite 68, Finanzhaushalt Nr. 42
Kenntnisnahme
- 10.1.5 Anträge zum Haushalt 2010 II/003/2009
Antrag Erlanger Linke Nr. 289/2009 - Eingang 1.12.2009
"Antrag Haushaltsplan"
Abstimmungsskript Seite 97, Ergebnishaushalt lfd. Nr. 20.5
Kenntnisnahme
- 10.2. Mitteilungen zur Kenntnis - Wortanträge Ergebnishaushalt und
Finanzhaushalt zum Haushalt 2010
- 10.3. Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist II/016/2010
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2010)
Gutachten
- 10.4. Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm der Fachämter II/017/2010
für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete
Antragsunterlagen zum Haushalt 2010)
Gutachten
11. Fraktionsanträge zu den Arbeitsprogrammen
12. Begutachtung der Stellenpläne der Fachämter und
Begutachtung der Fachämterbudgets
Beschlussfassung der Arbeitsprogramme (siehe Band
Arbeitsprogramme 2010)
- 12.1. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm der II/004/2010
Gleichstellungsstelle (Gst)
- Siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form ab Seite 9
Gutachten
- 12.2. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des II/005/2010
Personalrates (PR)
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 15
Gutachten
- 12.3. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm des eGovernment- II/006/2010
Center (eGoV)
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 21
Beschluss
- 12.4. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm des Personal- und II/007/2010
Organisationsamtes (Amt 11)
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 27
Gutachten

- 12.5. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des
Bürgermeister und Presseamtes (Amt 13) II/008/2010
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 35 Gutachten
- 12.6. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 der
Stadtkämmerei sowie Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit (Amt 20 mit II/009/2010
II/WA) Beschluss
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 55 -
- 12.7. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes
für Recht und Statistik II/010/2010
(Amt 30) Gutachten
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 95 -
- 12.8. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des
Bürgeramtes (Amt 33) II/011/2010
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 119 - Gutachten
- 12.9. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des
Standesamtes (Amt 34) II/012/2010
- siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form ab Seite 125 - Gutachten
- 12.10. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes
für Fleischhygiene II/013/2010
(Amt 36) Gutachten
- siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form ab Seite 131 -
- 12.11. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes
für Brand- und Katastrophenschutz Amt 37 II/014/2010
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 137 - Gutachten
- 12.12. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes
für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39) II/015/2010
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 145 - Gutachten
13. Beratung und Behandlung der sonstigen Anträge zum Haushalt 2010
für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist
- 13.1. Anträge zum Ergebnishaushalt außerhalb der Fachamtsbudgets
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2010)
- 13.2. Anträge zum Finanzhaushalt / Investitionsprogramm 2010
(siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2010)
14. Anfragen

Hinweis:

Es wird darum gebeten, die bereits verteilten Haushaltsunterlagen

- **Haushaltsentwurf 2010**
 - **den Band Arbeitsprogramme 2010**
 - **die aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2010**
 - **sowie die Verwaltungsvorlagen zum Stellenplan 2010**
- zur Sitzung mitzubringen.**

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 12. Januar 2010

STADT ERLANGEN
gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

DIE SITZUNGSUNTERLAGEN KÖNNEN AUCH UNTER WWW.STADTRAT.ERLANGEN.DE ABGERUFEN WERDEN.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/bsc-2200

Verantwortliche/r:
Herr Dr. Siegfried Balleis

Vorlagennummer:
13-2/007/2010

Jahresüberschuss Sparkasse geht an Stadt für gemeinnützige Zwecke Fraktionsantrag Nr. 311/2009 der Fraktion Grüne Liste vom 01.12.2009

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Amt 30

I. Antrag

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Fraktionsantrag Nr. 311/2009 Grüne Liste vom 01.12.2009 ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

3. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem Fraktionsantrag soll erreicht werden, dass ab dem Jahr 2010 der größtmögliche Teil des Jahresüberschusses der Zwecksverbandssparkasse Erlangen an das Verbandsmitglied Stadt Erlangen für gemeinnützige Zwecke gem. § 21 SpkO abgeführt wird.

4. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

In dem Fraktionsantrag wird deshalb beantragt, „die Mitglieder des Erlanger Stadtrates im Verwaltungsrat des Zweckverbandes der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen anzuweisen“ entsprechende Anträge zu stellen und abzustimmen.

5. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Es trifft zu, dass gem. § 21 Abs. 3 SpkO ein verbleibender Jahresüberschuss auch „an die Verbandsmitglieder für gemeinnützige Zwecke abgeführt“ werden kann. Dies empfiehlt sich jedoch nicht aus steuerrechtlichen Gründen. Es würde sich um eine Gewinnausschüttung handeln, die zu versteuern wäre. Es käme deshalb nur noch ein um die Steuern verminderter Betrag bei den jeweiligen Empfängern für die im Gesetz vorgeschriebenen gemeinnützigen Zwecke an. Das liegt nicht im Sinne der Stadtverwaltung und des Stadtrates und insbesondere nicht der bedachten Empfänger.

Es soll deshalb die bisherige Praxis beibehalten werden, dass die Sparkasse über ihren Vorstand die Entscheidungen über die Verwendung des verbleibenden Jahresüberschusses im Rahmen gemeinnütziger Zwecke trifft.

Die beantragte Anweisung der Mitglieder des Stadtrats im Verwaltungsrat der Sparkasse wäre - anders als bei Verbandsräten in Zweckverbänden - aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

6. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	0 € bei IPNr.:
Sachkosten:	0 € bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	0 € bei Sachkonto:
Folgekosten	0 € bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	0 € bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen	

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen: Fraktionsantrag Nr. 311/ 2009 der Fraktion Grüne Liste vom 01.12.2009

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 311/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/Dr. Balleis
mit Referat:



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 01.12.2009

**Antrag zum Haushalt 2010:
 Jahresüberschuss der Sparkasse geht an die Stadt für
 gemeinnützige Zwecke**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen,

die Mitglieder des Erlanger Stadtrates im Verwaltungsrat des Zweckverbandes der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen anzuweisen, gemäß § 11 der Verbandssatzung des Zweckverbandes Stadt- und Kreissparkasse Erlangen i.V.m. § 21 der Bayerischen Sparkassenordnung zu beantragen und dafür zu stimmen, dass ab dem Jahr 2010 9/12 vom Jahresüberschuss der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen nach Abzug der Mindestrücklage gemäß § 21 SpkO der Stadt Erlangen zur Verfügung gestellt wird, um diesen dann für gemeinnützige Zwecke i.S.v. § 21 SpkO zu verwenden.

Nach § 21 der SpkO ist mindestens 1/4 des Jahresüberschusses den Rücklagen zuzuführen. Der Rest kann für gemeinnützige Zwecke abgeführt werden, wenn die Rücklagen zum Bilanzstichtag mindestens 15 % der Risikoaktiva betragen. Angesichts der sehr hohen Geheimhaltung bei der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen über ihre Finanzsituation ist uns leider nicht bekannt, wie hoch derzeit die Risikoaktiva und die Rücklagen tatsächlich sind. Dem Verwaltungsrat ist dies aber auf jeden Fall mitzuteilen. Allerdings wurde den Stadträten erst kürzlich bei einer Informationsveranstaltung der Sparkasse mitgeteilt, dass diese wirtschaftlich sehr gut dasteht. Wir gehen daher davon aus, dass bei der Sparkasse die Voraussetzungen gegeben sind, dass insgesamt 75 % des Jahresgewinn für gemeinnützige Zwecke verwendet werden können. Bei einem

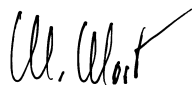
geschätzten Jahresgewinn von mindestens 1,5 Mio. € würde nach Abzug der Mindestabführung in die Rücklagen ein für gemeinnützige Zwecke verwendbarer Gewinnanteil von 1,125 Mio. € verbleiben. Hiervon würden dann der Stadt Erlangen 843.750,00 € zustehen, die die Stadt Erlangen selber für gemeinnützige Zwecke i.S.v. § 21 SpkO verwenden könnte, wobei gemeinnützige Zwecke i.S.d. genannten Vorschrift sehr weit zu fassen sind.

Im Jahr 2009 wurden von der Sparkasse selber Ausschüttungen i.H.v. ca. 700.000,00 € vorgenommen. Nach unseren Schätzungen haben hiervon Erlanger Vereine und Institutionen ca. 500.000,00 € erhalten. Das vorstehend beantragte Vorgehen würde somit Mehreinnahmen der Stadt Erlangen für gemeinnützige Zwecke von insgesamt 343.750,00 € bedeuten.

Anzumerken ist, dass im Gegenzug selbstverständlich im Haushalt beschlossen werden müsste, dass beim Kultur- und Freizeitamt, beim Sportamt und beim Sozialamt ein zusätzlicher Topf für die Unterstützung von gemeinnützigen Zwecken i.H.v. mindestens 500.000,00 € eingestellt wird, damit die betroffenen Vereine, Verbände und Institutionen nicht schlechter gestellt werden. Unterm Strich würde dennoch ein Betrag von ca. 344.000,00 € verbleiben, mit dem weitere gemeinnützige Zwecke i.S.v. § 21 SpkO unterstützt werden könnten, die bisher aus dem allgemeinen Haushaltsbudget bzw. den einzelnen Ämterbudget finanziert werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Winkler



F.d.R.: Wolfgang Most

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-4/KSA-2375

Verantwortliche/r:
Klein Silvia

Vorlagennummer:
13/001/2010

Kommunales Integrationsprojekt (Nachfolge SPUTNIK) Anträge zum Haushalt 2010 Nr. 303/2009 und 331/2009 der FDP-Fraktion "Nachfolgeprogramm SPUTNIK"

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	25.02.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

BM 2 Frau Dr. Preuß, BM Herr Lohwasser, OBM/ZV, II/20
Lenkungsreis Integration, Ausländer- und Integrationsbeirat

I. Antrag

Mit Bezug auf den einstimmigen StR-Beschluss vom 29.10.2009 beschließt der Stadtrat das vorliegende Kommunale Integrationsprogramm (in der Nachfolge der erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Projekte MIR und Sputnik) mit Start zum 01.06.2010.

Der erforderliche Zuschussbedarf von 01.06.2010 – 31.12.2010 in Höhe von 65.000,- € für Personal- Honorar- und Sachkosten werden dem Budget von Amt 13 zur Verfügung gestellt.

Ab dem Jahr 2011 ist ein jährlicher Zuschussbedarf in Höhe von 110.000,- € erforderlich und wird dem Budget von Amt 13 zur Verfügung gestellt.

Damit gelten die Anträge der FDP-Fraktion Nr. 303/2009 und 331/2009 „Nachfolgeprogramm Sputnik“ als bearbeitet.

Der Zuschuss des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird zum 01.06.2010 aus dem Budget des Amtes 13 gestrichen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Punkte 1 – 3 sind im beiliegenden Konzept ausführlich beschrieben.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ bei IPNr.:
Sachkosten:	19.000,- € bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	46.000,- € bei Sachkonto:
Folgekosten	110.000,- € bei Sachkonto: (79.000,- € Personal - u 31.000,- € Sachkosten)
Korrespondierende Einnahmen	€ bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen	

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen: Konzept für ein kommunales Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK)
 Beschluss des Stadtrates vom 29.10.2009 – Integrationsprojekt –
 Weichenstellung für die Nachfolge „Mir“ und „Sputnik“
 Antrag Nr. 303/2009 der FDP-Fraktion vom 01.12.2009
 Antrag Nr. 331/2009 der FDP-Fraktion vom 29.12.2009

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Konzept für ein

Kommunales Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK)

Das Nachfolgeprojekt von SPUTNIK nimmt die gesammelten Erfahrungen der letzten sechs Jahre zur Grundlage für die **konzeptionelle Weiterentwicklung**. Dabei werden die erfolgreichen Bausteine fortgeführt und grundsätzlich für alle Schüler unabhängig von ihrer Herkunft geöffnet. Der zu erwartende Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Nachfolgeprojekt dürfte anhand der aktuellen Schülerzahlen voraussichtlich 50% betragen. Auch deutsche Kinder aus bildungsfernen schwierigen Verhältnissen bedürfen der Fördermaßnahmen. So dass es sich hier um eine soziale Integrationsmaßnahme handeln wird für Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

Die beiden zentralen Säulen sind die **Fortführung des mehrsprachig betreuten Hausaufgaben-, Nachhilfe und Förderunterrichts** an drei Erlanger Schulen sowie der massive Ausbau von **Bildungspatenschaften** für Kinder und Jugendliche in der Übergangsphase Schule/Beruf. In beiden Bereichen ist **flankierende Elternarbeit** ebenso fester Bestandteil des Projekts wie der weitere Ausbau bereits bestehender Netzwerke.

Damit entsteht bei entsprechender Abstimmung aller Anbieter in Erlangen erstmals die Möglichkeit, zumindest für einen Teil der Kinder vom Eintritt in den Kindergarten über die Begleitung an ausgewählten Schulen bis zur Suche nach einem Ausbildungsplatz bei allen Übergängen **kontinuierliche Unterstützungs- bzw. Förderangebote** bereitzustellen.

Das Integrationsprogramm orientiert sich damit an den zentralen Zielen des **Erlanger Leitbildes für Integration** (Leitsätzen 1, 2, 7 und 8) und gleichzeitig an den Zielen der **Erlanger Bildungs-offensive** (Ziele 1- 6 und 8).

Als personelle Ausstattung sind **drei Teilzeitstellen á 19,5 Std./Woche** vorgesehen, eine halbe Stelle zum Aufbau und zur professioneller Begleitung des Förderunterrichts und den damit verbundenen Koordinierungs- und Steuerungsprozessen sowie zwei halbe Stellen zum Aufbau und zur Begleitung der Bildungspatenschaften. Für die drei Schulen ist ein Honorarkräfteschlüssel von jeweils drei Personen pro Hausaufgabengruppe vorgesehen.

Für die halbe Stelle zum Aufbau und zur professioneller Begleitung des Förderunterrichts ist Herr Till Fichtner, Historiker M.A., vorgesehen. Neben seiner 6-jährigen Dienstzeit als Projektleiter von MIR und SPUTNIK ist er mit einer Unterbrechung seit 2003 in der Geschäftsführung des Ausländer- und Integrationsbeirats tätig. Daneben kann er auf eine über 10-jährige Erfahrung in interkultureller Stadtteilarbeit und Pädagogik (Zivildienst und ehrenamtliche Tätigkeit bei der Angerinitiative) verweisen.

Die zwei halben Stellen zum Aufbau und zur Begleitung der Bildungspatenschaften sollen mit Frau Tanja Stark-Kantar, Diplom-Sozialpädagogin und Frau Swetlana Forr, Theater- und Medienwissenschaftlerin M.A./Zweifach Pädagogik besetzt werden. Frau Stark-Kantar ist seit 2007 im Projekt SPUTNIK tätig und war davor in der Migrationsberatung in Fürth tätig. Sie hat guten Zugang zur türkischsprachigen Bevölkerung. Frau Forr ist seit 2006 städtischen Mitarbeiterin und ist fest in der russischsprachigen Bevölkerung der Spätaussiedler verwurzelt und hat mehrjährige Erfahrungen in der Arbeit mit Ehrenamtlichen. Beide Mitarbeiterinnen haben die bisherigen Bildungspatenschaften im Rahmen des SPUTNIK-Projekts erfolgreich aufgebaut und professionell begleitet.

Baustein 1 / Hausaufgabenbetreuung / Nachhilfe- und Förderunterricht

Ausgangslage

In Deutschland verlassen jedes Schuljahr 80.000 Kinder die Schule ohne jeglichen Abschluss. Des Weiteren haben viele Schüler mit Hauptschulabschluss enorme Probleme, eine Lehrstelle zu finden. Dabei ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an Hauptschulen überdurchschnittlich hoch. Eine bessere Qualifizierung der Hauptschulabgänger ist zwingend geboten, um einerseits dem bevorstehenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und andererseits die Chancen für Jugendliche sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern.

Auch wenn die Situation in Erlangen weniger dramatisch ist als in vielen deutschen Großstädten, so sind die Grundzüge der aktuellen Lage vergleichbar mit den gesamtdeutschen Entwicklungen. Sowohl die Schulstudie von Frau Seebaß als auch die im Rahmen des Integrationsmonitorings erhobenen Daten zeigen, dass auch in Erlangen gemessen am Bevölkerungsanteil Kinder mit Migrationshintergrund an Hauptschulen überdurchschnittlich stark vertreten sind und bei den Schulabschlüssen meist schlechter abschneiden als ihre „einheimischen“ Mitschüler.

(nach einer aktuellen Umfrage des kommunalen Sprachförderprojekts WI.L.D. im **Dez. 2009** haben die Schulleiter der Erlanger Grund- und Hauptschulen **478 Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf** gemeldet / 4 Grundschulen und 1 Hauptschule noch ohne Rückmeldung)

Grundidee:

Ausgehend von den Erfahrungen des SPUTNIK-Projekts soll nach Rücksprache mit den betroffenen Schulleitern auch aus Gründen der Kontinuität an den drei bisherigen Erlanger Haupt- und Realschulen an mehreren Nachmittagen eine mehrsprachige Hausaufgabenbetreuung und Vertiefung des Lernstoffes im Sinne des ergänzenden Lernens und Übens angeboten werden. Dadurch sollen den Kindern höhere Chancengleichheit und bessere Integrationsmöglichkeiten in unser Schulsystem ermöglicht werden. Nach entsprechender Vorlaufzeit erfolgt je nach individueller Ausgangslage die Weitervermittlung in Bildungspatenschaften.

Der Nachhilfe- und Förderunterricht wird von zweisprachigen Lehrkräften erteilt, die in Zusammenarbeit mit der Teamleitung auch Kontakt zu den Eltern aufnehmen und mit den Kindern und Jugendlichen Förderpläne erarbeiten. Der Unterricht wird vor Ort an der Schule praktiziert und in Zusammenarbeit mit Schulleitung und Kollegium durch Feedbackprozesse laufend optimiert. Weitergehende Entwicklungen wie der Umbau der Hauptschulen zu Mittelschulen bzw. die zunehmende Ausweitung von Ganztagesangeboten werden zu Anpassungsprozessen führen, die derzeit noch nicht abschätzbar sind.

Zielgruppe

Kinder und Jugendliche aus den Jahrgangsstufen 5-10 unabhängig von ihrer Herkunft an Erlanger Mittelschulen sowie der Werner-von-Siemens-Realschule.

Die Auswahl der Kinder erfolgt durch die jeweilige Schulleitung in Rücksprache mit den Klassenlehrern. Die Teilnahme ist freiwillig.

Die Größe der Gruppe soll 25 Teilnehmer nicht überschreiten. Pro Gruppe sind jeweils drei feste Honorarkräfte vorgesehen, bisher tätige und künftige Ehrenamtliche können ergänzend in den Gruppen arbeiten.

Aufgaben / Anforderungen Honorarkräfte

Qualifikation:

- nach Möglichkeit abgeschlossenes oder noch laufendes Hochschulstudium in Deutschland oder im Herkunftsland;
- nach Möglichkeit Zweisprachigkeit und interkulturelle Kompetenz
- praktische Erfahrungen im pädagogischen Bereich v.a. in der Arbeit mit Jugendlichen

Aufgaben der Honorarkräfte:

- Organisation des Nachhilfe- und Förderunterrichts vor Ort
- Stärkung von sozialen Kompetenzen der Jugendlichen
- Kontaktpflege mit Lehrkräften und Teamleitung in Bezug auf Jugendliche und Eltern
- Kontaktpflege zu den Eltern, Brückenfunktion für die Schule
- Gemeinsamer Erfahrungsaustausch, Fortbildung, Weiterqualifizierung

Weiterqualifizierung:

In Zusammenarbeit mit dem städtischen Projekt WI.L.D bzw. der FAU Erlangen-Nürnberg / Frau Prof. Pommerin-Götze sollen die Honorarkräfte die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen des Integrationsprogramms weiterzuqualifizieren. Angedacht ist ein einjähriger Zertifikats-Lehrgang für das Studienfach „Didaktik des Deutschen als Zweitsprache“ (DidaZ).

Professionelle Steuerung/Begleitung

Die Erfahrungen des SPUTNIK-Projekts zeigen, dass die professionelle Begleitung der Arbeit des Nachhilfe- und Förderunterrichts zwingend erforderlich ist.

Dies beginnt bei der passgenauen Auswahl der Honorarkräfte und Ehrenamtlichen, deren regelmäßiger Begleitung und Reflektion in Teamsitzungen und Einzelgesprächen, Vermittlung in Konfliktfällen innerhalb des Team oder der Lerngruppe, Anbindung an das Lehrerkollegium und die Schulleitung, Vermittlung von Informationen und Zusammenhängen übergeordneter Strukturen, Entwicklung bzw. Vermittlung von Weiterqualifizierungsmaßnahmen für die Honorarkräfte, Kontakte zu Fachdiensten und Dienstleistern im Bereich Übergangsmanagement, Koordinierung, Steuerung und Anpassungsprozesse des Gesamtprogramms sowie dessen Vertretung in übergeordneten städtischen Gremien und Netzwerken.

Auch Form und Inhalte der Elternkontakte sowie die Vorbereitung und Durchführung von Elternveranstaltungen können nur in Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Kräften erfolgreich und ziel führend durchgeführt werden.

Elternarbeit

Eltern spielen eine zentrale Rolle beim schulischen und beruflichen Erfolg ihrer Kinder. Ihr Einfluss welche Schule das Kind besucht, die schulischen Leistungen und die Entscheidung auf die Berufswahl darf nicht unterschätzt werden. Angesichts der Komplexität des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems sind gerade Eltern mit Migrationshintergrund ohne aktive Unterstützung ihrer Kinder in diesem Prozess oft überfordert, da u.a.:

- sie keine oder nur geringe Kenntnisse vom Schul- und Ausbildungssystem in Deutschland besitzen
- ihnen die erwünschte Mitsprache bzw. das unterstützende Mitwirken der Eltern in schulischen Belangen oft nicht bekannt ist
- sie Wert und Nutzen einer Berufsausbildung unterschätzen
- sie Fördermaßnahmen und staatliche Hilfen nicht kennen
- ihnen die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten und die entsprechenden Anforderungen nicht bewusst sind

Ziel der Elternarbeit ist es, eine vertrauensvolle Beziehung zur Schule, den Lehrern und anderen Experten herzustellen sowie Lösungen für bestehende Probleme einzelner Schüler/innen zu finden. Dabei ist eine mehrsprachige Betreuung durch Lehrkräfte die entscheidende Ausgangsvoraussetzung, um erste Einstiegskontakte zu vermitteln und zu vertiefen. Nach sechs Jahren Erfahrung in diesem Bereich ist klar geworden, dass es vor allem wegen der bestehenden Sprachbarrieren bzw. dem mangelnden Kulturverständnis äußerst schwer fällt, an die Eltern mit Migrations-

hintergrund heranzukommen. Elternabende, die durch unsere Lehrkräfte und Multiplikatoren vermittelt und mit organisiert werden, sollen helfen, diese Defizite wesentlich zu verbessern.

Zusammenarbeit mit den Schulen und Integrationsprojekten / Netzwerkarbeit

Wichtigste Rahmenbedingung für den Erfolg des Integrationsprogramms ist der Erhalt bzw. der Ausbau entstandener Netzwerke. Dies trifft in allererster Linie auf die Zusammenarbeit mit den beteiligten Schulen zu. Die in den vergangenen Jahren entstandene Vertrauensbasis sowie die bisherigen Erfolge des SPUTNIK-Projekts sollen entsprechend fortgeführt werden.

Deshalb werden die jeweiligen Schulleitungen bereits in die Planungen des Integrationsprogramms einbezogen, sie wählen die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler aus und werden über alle laufenden Entwicklungen in Kenntnis gesetzt. Evtl. anstehende Änderungen am Konzept erfolgen nur in Abstimmung bzw. Rücksprache mit den Schulen.

Ebenso bedeutsam ist eine Abstimmung und Vernetzung mit weiteren Integrationsangeboten im Stadtgebiet, insbesondere mit Fördermaßnahmen wie der Deutsch-Offensive, den Projekten Deutsch 240 und WI.L.D, dem Fürther Modell zur Übergangsförderung sowie den Unterstützungsangeboten im Bereich Übergangmanagement Schule-Beruf.

Damit entsteht bei entsprechender Abstimmung aller Anbieter in Erlangen erstmals die Möglichkeit, zumindest für einen Teil der Kinder vom Eintritt in den Kindergarten über die Begleitung an ausgewählten Schulen bis zur Suche nach einem Ausbildungsplatz bei allen Übergängen kontinuierliche Unterstützungs- bzw. Förderangebote bereitzustellen.

Darüber hinaus ist das SPUTNIK-Projekt seit Jahren in zahlreichen Netzwerken aktiv bzw. selbstständig am Aufbau neuer Netzwerke interessiert. Regelmäßige Kontakte bzw. Treffen finden mit folgenden Einrichtungen/Institutionen statt:

Runder Tisch Spätaussiedler, Ausländer- und Integrationsbeirat, Bildungsoffensive, Stadtteilarbeitskreis Bruck, Jugendmigrationsdienst, Migrationserstberatung, Jugendamt, Agentur für Arbeit, GGFA, JAZ e.V., AAU, IHK und HWK, Träger von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen.

Evaluation:

Eine externe Evaluation des SPUTNIK-Projekts konnte aus folgenden Gründen nicht erfolgen:

- fehlende finanzielle und personelle Ressourcen
- Datenschutzbestimmungen (keine Auskünfte bzw. Weitergabe von schulischen Leistungen betreuter Schülerinnen und Schüler mit Hinweis auf Datenschutz)

Vor diesem Hintergrund sind bei derzeitiger Sachlage nur interne Evaluationen möglich bzw. die Verwendung einzelner Bausteine aus anderen Projekten (z.B. Sprachstandsanalyse des Projekts WI.L.D). Die interne Evaluation für das Schuljahr 2008/09 ist auf breiter Basis kommuniziert worden und jederzeit einsehbar. Ein Ausbau der internen Evaluation für das Integrationsprogramm wird angestrebt.

Das Staatliche Schulamt wird in Zusammenarbeit mit den Schulen einen Notenvergleich der Teilnehmer an den Förderkursen zu Beginn und am Ende eines Schuljahres anonym durchführen. Eine weitere Einordnung geschieht durch einen kurzen Sozialbericht vom Klassenlehrer, ebenfalls anonym. Damit leistet das Staatliche Schulamt eine wichtige Hilfestellung bei der Evaluierung des Projektes bzw. eventueller Änderungen.

Gesamtgesellschaftlicher Nutzen:

- Förderung und Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher senkt die Sozialausgaben/Jugendhilfeausgaben, stärkt den Wirtschaftsstandort und fördert die Integration
- Einsatz und Qualifizierung von mehrsprachigen Honorarkräften fördert deren Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt, wie Untersuchungen z.B. des Projektes Agabey-Abla aus Stuttgart gezeigt haben
- Verknüpfung mit Lehrerstudiengängen (DiDaZ) kann für Studierende und Honorarkräfte zu winwin-Situation führen (z.B. Weiterentwicklungen im Bereich Elternarbeit)

Baustein 2 / Bildungspaten

Ausgangslage

Übergänge in Ausbildung und Beruf haben sich verändert; sie sind heute unübersichtlicher, risikoreicher, weniger standardisiert. Es gibt stetig steigenden Anforderungen seitens der Betriebe an die Auszubildenden, die Jugendlichen müssen sich heute angesichts vieler Unvorhersehbarkeiten und Unübersichtlichkeiten intensiver orientieren. Hierzu bedarf es gerade bei benachteiligten Jugendlichen oftmals Unterstützung in einem Maß, das seitens der Eltern sowie der Schule und der Berufsberatung nicht geleistet werden kann.

- Ergänzende Angebote/Ansätze sind gefragt, die insbesondere eine individuelle Förderung der Jugendlichen ermöglichen (Berufsorientierung, Berufswahl sowie die Bewältigung von Bewerbungssituationen sind höchst individualisierte Prozesse, die sich kaum standardisieren lassen)
- Studien zeigen (Kruse, Ehlers 2006), dass gerade für schulschwache und gering qualifizierte Schüler eine Bildungspatenschaft ein geeigneter Ansatz für eine erfolgreiche Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist. Dies deckt sich auch mit den im Rahmen des Projektes SPUTNIK gesammelten Erfahrungen.

Grundidee:

Ehrenamtliche, erwachsene Mentoren (Bildungspaten) begleiten jugendliche Mentees im Übergang von der Schule in den Beruf. Die Paten verstehen sich dabei als Wegbegleiter und Vertrauenspersonen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen an die Jugendlichen weitergeben.

- BildungspatInnen treten nicht in Konkurrenz zu anderen professionellen Angeboten, sondern stellen eine sinnvolle Ergänzung dieser dar; sie sind in Ergänzung zu den hauptamtlichen Kräften an der Schnittstelle Schule/Beruf tätig
- Sie gewährleisten eine zeitlich intensive Betreuung und Begleitung, die durch die Beratungsstellen und Schulen nicht geleistet werden kann
- Bildungspatenschaften sind ein ergänzendes, präventiv wirkendes Angebot und vermeiden aufwändigere und kostspieligere professionelle Maßnahmen
- Der informelle Charakter, die Beziehungsarbeit zwischen den Akteuren steht im Vordergrund
- Die Eins-zu-eins-Beziehung wird dem Individualitätsanspruch neuer Ansätze gerecht
- Möglichst „passgenaue“ Vermittlung von Bildungspaten (Matching)

Zielgruppe

Grundsätzlich richtet sich das Angebot an alle Jugendlichen ab der 8. Jahrgangsstufe vor und im Übergang Schule/Beruf (schulart- und herkunftsunabhängig). Zunächst werden vorrangig die Schüler aus den Hausaufgaben- und Nachhilfegruppen des Projektes in Patenschaften vermittelt, mittelfristig sollen die Jugendlichen zum Großteil unabhängig davon rekrutiert werden.

Da nicht alle Jugendlichen für diese Art der Förderung geeignet sind, werden eindeutige, klare Auswahlkriterien festgelegt, die für alle transparent und zugänglich sind.

Aufgaben der Bildungspaten

Allgemein: Ansprechpartner in allen Fragen rund um den Übergang Schule/Beruf; Wegbegleiter, Vertrauensperson auch in persönlichen Belangen

Aufgaben im Berufswahl-/Berufsorientierungsprozess:

- Motivation zur aktiven Zukunftsplanung
- Hilfe zur Selbsteinschätzung

- Hilfestellung bei der Sammlung und Auswertung von Informationen zu Berufen und Einstiegsvoraussetzungen
- Unterstützung bei der Entwicklung beruflicher Alternativen
- Hilfe bei der Praktikumsplatzsuche
- Begleitung des Jugendlichen zur Berufsberatung/Ämtern/Behörden bzw. Unterstützung bei der Herstellung von Kontakten zu Beratungsangeboten
- „Horizontenerweiterung“ bzgl. Berufswahl

Aufgaben im Bewerbungsprozess:

- Hilfe beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen
- Unterstützung bei der Entwicklung einer persönlichen Bewerbungsstrategie
- Hilfe bei der Ausbildungsplatzsuche
- Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche
- Angstabbau
- Hilfe beim Umgang mit Rückschlägen/Absagen
- Motivationsarbeit

Aufgaben während der Ausbildungszeit:

Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen durch:

- Begleitung durch die Ausbildung
- Hilfestellung bei der Entwicklung der beruflichen Rolle des Auszubildenden
- Begleitung bei Konfliktgesprächen mit Vorgesetzten/Ausbildern/Lehrern
- ggf. Unterstützung bei der Suche nach Alternativen

Aufgaben in der Elternarbeit:

Bei erfolgreich verlaufenden Patenschaften werden die Paten häufig in die Familie des Jugendlichen „integriert“. Dieser Zugang zu den Eltern kann genutzt werden, um Informationen und Hilfestellungen an die Eltern weiterzugeben und sie zu einer aktiveren Rolle im Begleitungsprozess ihrer Kinder zu ermuntern.

Anforderungen an die Bildungspaten

Eine Bildungspatenschaft ist ein anspruchsvolles Ehrenamt, dementsprechend hoch sind auch die Anforderungen:

- langjährige Berufserfahrung
- Kenntnisse über Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- Freude am Umgang mit Jugendlichen, wertschätzende Grundhaltung
- stabile Persönlichkeit
- soziale Kompetenz
- pädagogischen Fähigkeiten/Grundkenntnisse
- Menschenkenntnis
- Reflexions- und Kritikfähigkeit
- Frustrationstoleranz/Fähigkeit mit Misserfolgen und Rückschlägen umzugehen
- Offenheit und Geduld
- Bereitschaft zu längerfristigen Bindungen

Akquise von Bildungspaten

Ausgehend von den Erfahrungen des Projektes SPUTNIK soll die Rekrutierung von Paten möglichst breit angelegt sein. Ziel ist es auch, möglichst viele Menschen mit eigener Migrationserfahrung als Paten zu gewinnen. Folgende öffentlichkeitswirksame Maßnahmen sind dabei vorgesehen:

- Vorstellen des Projektes bei der Freiwilligenbörse
- Vorstellen des Projektes beim „Runden Tisch Ehrenamt“
- Erstellen und Verteilen eines Flyers
- Bildungspatenaufruf auf der Projekt-Internetseite
- Einstellen des Projektes in die bundesweite Projektdatenbank der „aktion zusammen wachsen“
- Presseartikel mit Bildungspatenaufruf
- Anfrage nach Interessierten bei den Senioren- und Wohlfahrtsverbänden sowie bei den Kirchen
- Anfrage bei interkulturellen Vereinen
- Nutzen der sozialen Netzwerke der bereits aktiven Bildungspaten

Professionelle Steuerung/Begleitung

Die Einrichtung von bundesweit 7 Koordinierungsstellen des deutschlandweiten Bildungspatenprojekts „Aktion zusammenwachsen“ durch Staatsministerin Prof. Maria Böhmer sowie bisherige Untersuchungen laufender Patenschaftsprojekte (Ehlers, Kruse 2006) zeigen, dass Bildungspatenschaften um so erfolgreicher verlaufen, desto besser die Paten in ihrer Arbeit betreut werden. Schlecht implementierte Programme scheitern häufig, da ein hoher Zeitaufwand für professionelle Begleitung (Akquise der Paten, Matching-Prozess, Schulung der Paten, Erfahrungsaustausch, Supervision, Krisenintervention, etc.) notwendig ist. Dabei haben Recherchen anhand anderer Projekte ergeben, dass die Intensität der professionellen Begleitung in den einzelnen Projekten sehr stark variiert.

Angelehnt an die sehr guten Erfahrungen aus dem erfolgreich laufenden Bildungspatenprojekt in Fürth kann eine Betreuung von ca. 50 Paten mit rund 100 betreuten Jugendlichen durch eine Vollzeitstelle als realistisch angesehen werden. Der Anteil der Jugendlichen aus dem Nachhilfe- und Förderunterricht soll mittelfristig nicht mehr als 25 % betragen.

Weitere Bausteine der kontinuierlichen Begleitung und Betreuung durch Hauptamtliche sind:

Einbinden der Bildungspaten in ein Rahmenprogramm:

- Qualifizierung der Bildungspaten vor Beginn der Tätigkeit
- Fort- und Weiterbildung während der Tätigkeit
- Prozessbegleitung in Form von Supervision und gemeinsamer Erfahrungsaustausch
- Information über und Einbindung in bestehende Netzwerke

Einbinden der Jugendlichen in ein Rahmenprogramm:

- Regelmäßiger Erfahrungsaustausch (Rückmeldung über Verlauf der Patenschaften)
- Informationsveranstaltungen, Workshops, Besuche zu spezifischen Themen

Evaluation:

Die bisherige Dokumentation erfolgte über schriftliche Berichte über Verlauf, Ergebnisse und Probleme der Patenschaften. Weitere Möglichkeiten der detaillierten Selbstevaluation sind Fra-

gebögen, strukturierte Interviews und Erfahrungsberichte. Ein Schwerpunkt der Auswertung sollte auf der Mentoring-Beziehung zwischen Bildungspate und Schüler liegen (z.B. Erwartungen und Schwierigkeiten in der Begleitung, Veränderungen beim Jugendlichen).

Künftig sollen die Jugendlichen und ihre Bildungspaten nach Beendigung der Betreuung über einen Fragebogen Auskunft zum Verlauf und Ergebnis der Bildungspatenschaft geben.

Gesamtgesellschaftlicher Nutzen:

Patenschaften als Winwin-Situation: „Dialog der Generationen“:

Für die Bildungspaten:

- Einblick in Jugendgeneration
- Anerkennung durch die Jugendlichen, Freunde, Gemeinschaft
- Gefühl der gesellschaftlichen Teilhabe (Erfahrungen und Wissen der Mentoren werden gebraucht – oft im Gegensatz zu Entwicklungen in Unternehmen und Wirtschaft)
- Übernahme und Verantwortung für das Gemeinwesen

Für die Jugendlichen

- Durch die erlebte Unterstützung entsteht auch Identifikation mit meiner „Heimatstadt“
- Erfolgreiche Übergänge Schule Beruf haben Vorbildfunktion für Andere
- Anerkennung und Unterstützung von „Einheimischen“ fördert nachhaltig den Prozess der Integration

Hinweis:

Die Vorlage wurde von 13-4/S. Klein, T. Fichtner, S. Forr und T. Stark-Kantar erarbeitet und mit Bürgermeisterin Dr. Preuß, Bürgermeister Lohwasser, dem Lenkungskreis Integration (StRinnen Aßmus, Pfister, Rossiter, Winkler und den Vertretern des Ausländer- und Integrationsbeirats Hr. Ortega und Hr. Voevondas) und der schulpolitischen Sprecherin/Fr. StRin Graichen abgestimmt.

Stand: 23.12.2009

Referat **Amt**
 OBM 13-4 KSJ

Tel. Nr.:
 09131/86- 2375

TOP : Integrationsprojekt - Weichenstellung für die Nachfolge „Mir“ und "Sputnik"

Beratungsfolge	Termin	öff.	nöff.	Vorlagenart	Abstimmungsergebnis		
					einstimmig	für	gegen Prot.verm.
StR	29.10.2009	X		Beschluss	X	49	0

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Zur Information:

Ende Mai 2010 endet nach insgesamt 6 Jahren die bislang 100%-ige finanzielle Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit insgesamt rund 500.000,- € für die erfolgreichen Integrationsmaßnahmen für jugendliche und erwachsene Spätaussiedler der Projekte „MIR“ und „SPUTNIK“. Die Stadt Erlangen hat in diesem Zeitraum die Bereitstellung von zwei Arbeitsplätzen für die drei TZ-Mitarbeiter/innen als Eigenbeteiligung mit 40.000,- € p.J. geltend gemacht. Im Haushalt der Stadt Erlangen wurden bislang keine Finanzen für die Projekte MIR und SPUTNIK zur Verfügung gestellt.

In der Sitzung des Stadtrats am 24.9.09 wurde über drei mögliche Alternativen (EIF und Stadt) zur Fortsetzung informiert. Es bestand Einstimmigkeit innerhalb des Stadtrats über die Weiterführung und Weiterentwicklung dieser Integrationsmaßnahme in städtischer Regie.

1.

Die Stadt Erlangen sagt zu, die erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Projekte MIR und Sputnik ab 1.6.2010 in eigener Regie weiterzuführen und konzeptionell weiterzuentwickeln.

2.

Mit der konzeptionellen Weiterentwicklung auf der Basis der Erfahrungen und Erfolge der Projekte MIR und Sputnik und der Vernetzung mit den Projekten Deutsch-Offensive und Wi.L.D. wird die dafür zuständige Koordinationsstelle Integration, Sachgebiet 13-4 beauftragt. Die Erarbeitung (inhaltlich und personell) erfolgt gemeinsam mit Referat I/ Bildungsoffensive, dem Staatlichen Schulamt, dem Lenkungskreis Integration und dem Ausländer- und Integrationsbeirat.

Das künftige Integrationsprojekt wird im Rahmen der Umsetzung des Leitbildes Integration durchgeführt. Die Federführung obliegt BM 2.

3.

Das Sachgebiet 13-4 wird beauftragt, die (inhaltliche und personelle) Ausgestaltung des Konzepts dem Stadtrat im Januar zum Beschluss vorzulegen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Rahmen der Umsetzung des Leitbildes Integration soll an die schulischen und berufsorientierten Erfolge aus den Projekten „MIR“ und „SPUTNIK“ angeknüpft und die Maßnahmen für die berufliche Integration von Kindern und Jugendlichen ausgebaut werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die bereits initiierten Maßnahmen zur Förderung der schulischen und beruflichen Integration sollen für den Sekundarbereich und auch für die weiterführenden Schulen ausgebaut werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die bereits bestehenden Integrationsmaßnahmen (Deutsch-Offensive, SPUTNIK, Wi.L.D.-Projekt) werden konzeptionell weiterentwickelt.

4. Ressourcen (mit dem Haushalt 2010 zu beschließen)

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ bei HHSt.
Sachkosten:	25.000,- € bei HHSt.
Personalkosten (brutto):	75.000,- € bei HHSt.
Folgekosten:	€ bei HHSt.
Korrespondierende Einnahmen	€ bei HHSt.
Weitere Ressourcen der Stadt Erlangen	

Haushaltsmittel sind im Budget **nicht vorhanden!**

Stellungnahme der Kämmerei

In Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt – siehe hierzu auch die Einbringung des Haushaltsentwurfs 2010 in heutiger Sitzung - kann sich die Kämmerei nicht für eine Beibehaltung dieser freiwilligen Maßnahme im bisherigen Umfang aussprechen. Die Stadt ist finanziell nicht in der Lage, wegfallende Förderungen durch den Bund im vollem Umfang auszugleichen. Aus Sicht der Kämmerei sollten deshalb Möglichkeiten geprüft werden, die Maßnahme mit geringerem städtischen Finanzaufwand als beantragt fortzuführen.

Hinweis von 13-4: Es wurden alle Möglichkeiten geprüft, die Maßnahme ist nicht mit geringerem städtischen Finanzaufwand realisierbar.

III. Abstimmung

Beschluss des Stadtrates

mit 49 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

.....
Vorsitzende/r des

gez. Schmitt

.....
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

Datum	Gremium	Umsetzung
20.1.2010	HFPA/HH	Arbeitsprogramm

- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Kopie an <Amt 13> zur Aufnahme in die Beschlussüberwachungsliste
- VII. Kopie an <Amt 13-4> zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009

Antragsnr.: 303/2009

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/13/Hr. Schmitt

mit Referat: II/20/Hr. Sponsel

FDP-Stadratsfraktion • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

Rathausplatz 1

91052 Erlangen



Stadträte:

Dr. Matthias Faigle; Vorsitzender

Dr. Elisabeth Preuß; Bürgermeisterin

Lars Kittel; stv. Vorsitzender

Dr. Jürgen Zeus

Geschäftsführung:

Christian Wolff

Erlangen, den 01. Dezember 2009

Betreff: Nachfolgeprogramm „SPUTNIK“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen für das Jahr 2010 und die Folgejahre jeweils 100.000 Euro für das Nachfolgeprogramm von „SPUTNIK“.

Ein entsprechender Beschluss des Stadtrates wurde in der Oktober-Sitzung bereits gefasst.

Die benötigten Haushaltsmittel müssen jedoch noch beantragt und bereitgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.

Dr. Matthias Faigle

Fraktionsvorsitzender

FDP-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Rathausplatz 1 • Zimmer 131 • 91052 Erlangen

Telefon: 09131 / 86 22 91 • Fax: 09131 / 86 15 97 • Email: fdp-stadtraete@stadt.erlangen.de

Sprechzeiten: Dienstags: 10:⁰⁰ bis 12:⁰⁰ und nach Vereinbarung

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.12.2009
Antragsnr.: 331/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/Hr. Ternes
mit Referat: OBM/13/Hr. Schmitt

FDP-Stadtratsfraktion • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1

91052 Erlangen



Stadträte:

Dr. Matthias Faigle; Vorsitzender

Dr. Elisabeth Preuß; Bürgermeisterin

Lars Kittel; stv. Vorsitzender

Dr. Jürgen Zeus

Geschäftsführung:

Christian Wolff

Erlangen, den 28. Dezember 2009

Betreff: Nachfolgeprogramm „SPUTNIK“ – Ergänzungsantrag zum Antrag 303/2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im obigen genannten Antrag haben wir für das Jahr 2010 und die Folgejahre jeweils 100.000 Euro beantragt. Konkret werden im Jahr 2010 60.000,-€ und in den Folgejahren jeweils 100.000,- € benötigt. Sie sollen wie folgt verwendet werden:

1. Auswirkungen auf den Stellenplan

Wegfall der kw-Vermerke für die Planstellen 1304050 (T. Fichtner), 130 4060 (S. Forr) und 1304070 (T. Stark-Kantar) zum 31.05.2010.

2. Auswirkungen auf das Sachkostenbudget vom Amt 13:

Bedarf 2010: 17.000,- €

Bedarf ab 2011: 25.000,- € jährlich

Mit freundlichen Grüßen,

gez.

Dr. Matthias Faigle

Fraktionsvorsitzender

gez.

Lars Kittel

gez.

Jürgen Zeus

gez.

Dr. Elisabeth Preuß

FDP-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Rathausplatz 1 • Zimmer 131 • 91052 Erlangen

Telefon: 09131 / 86 22 91 • Fax: 09131 / 86 15 97 • Email: fdp-stadtraete@stadt.erlangen.de

Sprechzeiten: Dienstags: 10:00 bis 12:00, und nach Vereinbarung

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
BM/ZV/004/2010

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes (siehe Verwaltungsvorlage) Neufassung

**hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2009 für die Sitzung
des HFPA-HH am 20.01.2010**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

II. Begründung

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Ö 10.1

Anlage Abstimmung zur Vorlage: BM/ZV/004/2010

Referat Amt
OBM/ZV WPD

Tel. Nr.:
09131/86- 1601

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes (siehe Verwaltungsvorlage)

Neufassung

hier: Auszug aus der Verwaltungsvorlage vom Dezember 2009 für die Sitzung des HFPA-HH am 20.01.2010

Abstimmung:

Gutachten des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.12.2009

Antragsnr.: 331/2009

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/ZV/Hr. Ternes

mit Referat: OBM/13/Hr. Schmitt

FDP-Stadtratsfraktion • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

Rathausplatz 1

91052 Erlangen



Stadträte:

Dr. Matthias Faigle; Vorsitzender

Dr. Elisabeth Preuß; Bürgermeisterin

Lars Kittel; stv. Vorsitzender

Dr. Jürgen Zeus

Geschäftsführung:

Christian Wolff

Erlangen, den 28. Dezember 2009

Betreff: Nachfolgeprogramm „SPUTNIK“ – Ergänzungsantrag zum Antrag 303/2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im obigen genannten Antrag haben wir für das Jahr 2010 und die Folgejahre jeweils 100.000 Euro beantragt. Konkret werden im Jahr 2010 60.000,-€ und in den Folgejahren jeweils 100.000,- € benötigt. Sie sollen wie folgt verwendet werden:

1. Auswirkungen auf den Stellenplan

Wegfall der kw-Vermerke für die Planstellen 1304050 (T. Fichtner), 130 4060 (S. Forr) und 1304070 (T. Stark-Kantar) zum 31.05.2010.

2. Auswirkungen auf das Sachkostenbudget vom Amt 13:

Bedarf 2010: 17.000,- €

Bedarf ab 2011: 25.000,- € jährlich

Mit freundlichen Grüßen,

gez.

Dr. Matthias Faigle

Fraktionsvorsitzender

gez.

Lars Kittel

gez.

Jürgen Zeus

gez.

Dr. Elisabeth Preuß

FDP-Fraktion im Erlanger Stadtrat

Rathausplatz 1 • Zimmer 131 • 91052 Erlangen

Telefon: 09131 / 86 22 91 • Fax: 09131 / 86 15 97 • Email: fdp-stadtraete@stadt.erlangen.de

Sprechzeiten: Dienstags: 10:00 bis 12:00, und nach Vereinbarung

OBM/ZV/112/CMB T. 1642

Erlangen, Dezember 2009

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010

Nachtrag für die Sitzung des HFPA-HH am 20.01.2010

Referat Zentrale Verwaltung

Ternes

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010

1 Liste A Fachausschüsse neue Planstellen und Stelleneinzüge (einschl. Funktionsänderungen, Sperrungen, Entsperrungen und kw-Vermerke)

In der Liste A Fachausschüsse sind alle Stellenanträge erfasst, die von der Verwaltung für gerechtfertigt angesehen werden sowie alle Fraktionsanträge. Stellenhebungen sind in Liste B enthalten. Die Positionen sind nach Fachausschüssen gegliedert und innerhalb dieser nach Ämtern. Stellenumschichtungen von einem Amt in ein anderes wurden dem künftigen Amt zugeordnet. Falls die Personalkosten bereits in den entsprechenden Amtbudgets angesetzt sind, wurden keine Beträge in der Spalte Personalkosten eingetragen. Die zusätzlich erforderlichen Personalkosten sind im Haushaltsjahr 2010 bei Bedarf in die Amtbudgets einzustellen.

Anträge die bereits in der *grünen Verwaltungsvorlage* enthalten waren, sind hier ohne Bemerkung einbezogen worden.

Anträge der Verwaltung und Beschlüsse im Vorgriff, die zusätzlich zur ursprünglichen grünen Verwaltungsvorlage aufgenommen wurden, besitzen den Vermerk "neu" und sind mit **!** gekennzeichnet.

Fraktionsanträge wurden als "Fraktionsantrag..." und mit **☞** gekennzeichnet.

Stellen, die bereits durch HFPA- oder Stadtratsbeschluss geschaffen, geändert oder ge- oder entsperrt wurden, sind mit "nachrichtlich" gekennzeichnet.

Die Angaben und Abkürzungen zu Funktion und Wert der beantragten Stellen richten sich nach dem Stellenplan.

PISt = Planstellen-Nummer

Zw = Zuwachs an neuen Planstellen

ZB = Einzug von Planstellen

Personalkosten = zusätzliche jährliche Personalkosten (auf der Basis der von Amt 11 ermittelten Durchschnittskosten für die Stadtverwaltung, gerundet auf volle Hundert €); sie entfallen bei kostenneutralen Maßnahmen (z.B. infolge gleichzeitiger Einzüge). Für das Jahr 2010 werden weitestgehend nur die Jahreskosten für ein halbes Jahr angesetzt, da die Besetzung der Planstelle erst im Laufe des Jahres erfolgt.

kw = künftig wegfallend

s = Sperrung

1.1 Nachrichtlich: **Bereits** durch den Stadtrat beschlossene/zu streichende Stellen bzw von OBM/ZV durchgeführte Funktionsänderungen

...

1.2 Stelleneinzüge

...

**1.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, s-Sperrungen bzw. –Entsperrungen
Auszug aus der Gesamtvorlage Seite 9 - 13**

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2010 €	Gesamt- Jahres- kosten ab 2011 €	Begründung	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFGA 10.02./ 11.02.10	Beschluss Stadtrat 25.02.10
HFGA										
Amt 13										
14.	alt: OBM 1300063 neu: OBM 13...		alt: Geschäftsführung Kompetenzinitiati- ve Medizin / Pharma/ Gesund- heit neu: SB Beschwerde- management	alt: II (EG 13) neu: A 6/7	-25.000	-25.000	<u>Wegfall kw-Vermerk in Höhe von 1,0 und Funktions- änderung:</u> Die im Rahmen der Aufgabenkritik beschlossenen Auf- gabenreduzierungen sind nicht erfolgt und sollen auch künftig nicht zum tragen kommen. Auf den Stadtratsbe- schluss vom 21.04.08 wird verwiesen. Seit 2004 neu hinzugekommene Aufgaben machen den Wegfall des kw-Vermerks dringend erforderlich <ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit und Unterstützung der ehren- amtlichen Kinderbeauftragten • Stabsstelle Kinder- und Familienfreundliches Er- langen • Geschäftsführung Erlanger Bündnis für Familien • Lebenslange Bildung für Erlangen (neu in 2008). 			
15.	<i>Fraktions- antrag SPD</i> OBM 13		<i>Schwerpunkt Bil- dung, Familien- bündnis, Unter- stützung Kinder- beauftragte</i>		25.000	25.000	<u>Streichung des Änderungsvorschlages Nr. 13:</u> <i>Konzeptionelle Arbeit für Bildungsoffensive – höhere Qualifikation erforderlich</i>			

29/70



Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2010 €	Gesamt- Jahres- kosten ab 2011 €	Begründung	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFGA 10.02./ 11.02.10	Beschluss Stadtrat 25.02.10
16.	<u>Fraktions- antrag FDP</u> OBM 13		Nachfolgepro- gramm Sputnik		46.000	79.000	<u>Wegfall kw-Vermerke bei den Planstellen 1304050, 1304060 und 1304070 in Höhe von 1,5 Planstellen- vorlumen</u>			

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Wolfgang Knitl

Vorlagennummer:
II/003/2009

Anträge zum Haushalt 2010

Antrag Erlanger Linke Nr. 289/2009 - Eingang 1.12.2009

"Antrag Haushaltsplan"

Abstimmungsskript Seite 97, Ergebnishaushalt lfd. Nr. 20.5

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	--------	-------------	------------

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Kenntnisnahm e	
--	------------	------------	-------------------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Mitteilung zur Kenntnis

Stellungnahme zu dem o. a. Fraktionsantrag:

Derzeit stellt die Kämmerei allen Mitgliedern des Stadtrats ein Druckexemplar des Haushaltsplansentwurfs zur Verfügung. Für die Fraktionsgeschäftszimmer werden – je nach Größe der Fraktion – weitere ein bis drei Exemplare ausgeliefert.

Darüber hinaus erhalten die Fraktionen zwei Exemplare des Haushaltsplansentwurfs auf CD. Weitere CD's stellt die Kämmerei auf Anforderung zur Verfügung.

Im Hinblick auf eine Abwägung zwischen einerseits dem haushaltsrechtlichen Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitsgebot sowie aus Gründen des Umweltschutzes und andererseits der Notwendigkeit für die politische Meinungsbildung im Stadtrat ausreichend Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen, hält die Kämmerei den Umfang der Verteilung der **Druckexemplare** für ausreichend.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

III. Zum Vorgang

Ö 10.2.1

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 289/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/20/Hr. Sponsel
mit Referat:

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11.2009

Antrag zum Haushalt 2010:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Hiermit beantragen wir: „**Antrag Haushaltsplan**“

Wir beantragen, den Etat für den Druck der Haushaltspläne um 500€ zu erhöhen,
um ev. notwendige Nachdrucke zu ermöglichen.

Begründung:

Der Haushaltsplan als wichtigstes Werkzeug der StadträtInnen muss in
ausreichender Stückzahl vorhanden sein.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
II/202/BKA

Verantwortliche/r:
Herr Bezold

Vorlagennummer:
202/002/2009

**Mitteilung zur Kenntnis - Anträge zum Haushalt 2010
Fraktionsantrag Nr. 286/2009 der Fraktion Erlanger Linke
Antrag auf Nivellierung der Gewerbesteuer und Grundsteuer B
Abstimmungsskript Seite 93, Ergebnishaushalt Nr. 4**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	e

Beteiligte Dienststellen

I. Mitteilung zur Kenntnis

Es wird beantragt, die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B in Erlangen an den Bereich der Metropolregion anzugleichen.

Stellungnahme zu dem o. a. Fraktionsantrag:

Bezieht man alle Gemeinden der Metropolregion Nürnberg ein (kreisangehörige Gemeinden, kreisfreie Städte), liegen die durchschnittlichen Hebesätze (Quelle: Deutscher Städtetag, Ergebnis der Umfrage zu den Realsteuerhebesätzen 2009) jeweils deutlich unter denen der Stadt Erlangen.

Selbst unter Berücksichtigung aller kreisfreien Städte (**ohne Erlangen**) in der Metropolregion ergäbe sich eine „Angleichung“ der Hebesätze nach unten

- Grundsteuer B von 460 % (Erlangen) auf 399 % (Durchschnitt Metropolregion)
- Gewerbesteuer von 410 % (Erlangen) auf 377 % (Durchschnitt Metropolregion)

Betrachtet man nur die Städte über 100.000 Einwohner in der Metropolregion (Nürnberg, Würzburg, Fürth) beträgt der durchschnittliche Hebesatz

- Grundsteuer B 498 %
- Gewerbesteuer 430 %

Eine Angleichung der Erlanger Hebesätze auf dieses Niveau ergäbe rechnerisch folgende Einnahmeverbesserungen:

Grundsteuer B

Hebesatz aktuell	460 %	Haushaltsansatz	20.100.000 €	
Hebesatz fiktiv	498 %	Haushaltsansatz	21.750.000 €	+ 1.650.000 €

Gewerbesteuer

Hebesatz aktuell	410 %	Haushaltsansatz	46.500.000 €	
Hebesatz fiktiv	430 %	Haushaltsansatz	48.750.000 €	+ 2.250.000 €

Wird die Stadt Erlangen jeweils in die Berechnung der Durchschnittshebesätze **einbezogen**, errechnen sich dagegen die im Abstimmungsskript auf Seite 10 (Ergebnishaushalt Nr. 4)

angegebenen Werte.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes.

Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

III. Zum Vorgang

Ö 10.2.2

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 286/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/20/Hr. Bezold
mit Referat: II/20/Hr. Sponsel

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11.2009

Antrag zum Haushalt 2010:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Antrag auf Nivellierung der Gewerbesteuer und Grundsteuer B

Hiermit beantragen wir die Angleichung der Erlanger Gewerbesteuer und der Grundsteuer B an den Bereich der Metropolregion.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

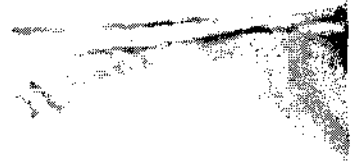
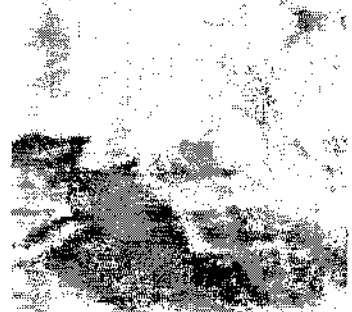
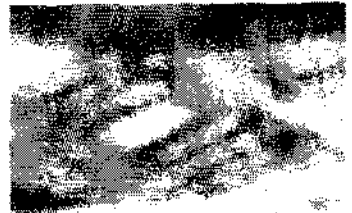
Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Realsteueratlas 2009

Realsteueratlas Mittelfranken 2009 – Hebesätze in Prozent

Gebiet	Grundsteuer B Gewerbesteuer		Gebiet	Grundsteuer B Gewerbesteuer		Gebiet	Grundsteuer B Gewerbesteuer	
Kreisfreie Städte			Steinsfeld	350	300	Tuchenschwand	330	330
Nürnberg	490	447	Unterschwaningen	400	310	Veitsbrunn	300	325
Fürth	480	425	Wassertrüdingen	420	320	Wilhelmsdorf	400	360
Erlangen	460	410	Weidenbach*	440	320	Zirndorf	330	320
Ansbach	360	360	Weihenzell	400	350	Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim		
Schwabach	350	390	Weiltingen	550	320	Bad Windsheim	385	365
Landkreis Ansbach			Wettringen	400	320	Baudenbach	350	350
Adelshofen	450	320	Wieseth	400	350	Burgbernheim	450	320
Arberg	500	300	Wilburgstetten	400	325	Burghaslach	360	335
Aurach	380	320	Windeisbach*	420	310	Dachsbach	350	350
Bechhofen	400	350	Windsbach	350	320	Diespeck	400	310
Bruckberg	450	400	Wittelshofen	450	380	Dietersheim	400	320
Buch a. Wald	400	320	Wolframs-Eschenbach	175	330	Emskirchen	385	350
Burgoberbach	400	300	Wörnitz	400	300	Ergersheim	300	320
Burk	500	320	Landkreis Erlangen-Höchstadt			Gallmersgarten	350	320
Colmberg	400	350	Adelsdorf	350	325	Gerhardshofen	330	330
Dentlein a. Forst	500	380	Aurachtal	310	340	Gollhofen	300	320
Diebach	400	320	Baiersdorf	330	340	Gutenstetten	400	350
Dietenhofen	350	300	Bubenreuth	300	300	Hagenbüchach	300	300
Dinkelsbühl	380	325	Buckenhof	300	300	Hammersheim	350	320
Dombühl	495	300	Eckental	330	320	Illesheim	300	350
Dürnwangen	400	380	Gremsdorf	300	250	Ippesheim	500	320
Ehingen	450	300	Großenseebach	330	330	Ipsheim	420	320
Feucht/Wangen	360	340	Hemhofen	350	330	Langenfeld	300	380
Fläckslanden	550	320	Heroldsberg	300	340	Markt Bibart	330	360
Gebetszell	470	350	Herzogenaurach	320	320	Markt Erlbach	340	345
Geraufingen	450	350	Heßdorf	300	300	Markt Nordheim	500	320
Geslau	400	300	Höchstadt/Aisch	280	320	Markt Taschendorf	400	380
Heilsbrunn	390	330	Kalchreuth	300	330	Marktbergel*	390	320
Herrieden	385	305	Lonnerstadt	450	380	Münchsteinach	300	350
Inningen	410	320	Marloffstein	300	300	Neuhof a. d. Zenn	450	345
Langfurth	500	300	Möhrendorf	310	330	Neustadt a. d. Aisch	475	375
Lehrberg	400	320	Mühlhausen	400	380	Oberickelsheim	380	320
Leutershausen	400	330	Oberreichenbach	330	320	Obernzen	350	325
Lichtenau	350	330	Röttenbach	300	320	Oberscheinfeld	350	350
Merkendorf	350	300	Spardorf	300	315	Scheinfeld	320	340
Mitteleschenbach	300	300	Uttenreuth	300	300	Simmershofen	450	350
Mönchsroth	480	320	Vestenbergsreuth	300	320	Sugenheim	400	360
Neuendettelsau	360	300	Wachenröth	450	380	Trautskirchen	350	300
Neusitz	380	300	Weisdorf	320	320			
Oberdachstetten	400	310	Landkreis Fürth					
Ohrenbach	400	310	Ammerndorf	310	310			
Ornbau*	500	330	Cadolzburg	330	330			
Petersaurach	450	330	Großhabersdorf	340	365			
Röckingen	400	300	Langenzenn	315	310			
Rothenburg/Tauber	350	320	Oberasbach	330	325			
Rügland	450	380	Obermichelbach	320	330			
Sachsen b. Ansbach	350	320	Puschendorf	300	300			
Schillingsfürst	350	310	Roßtal	360	360			
Schnelldorf	380	350	Seukendorf	330	330			
Schopfloch	380	380	Stein	370	400			



Realsteuertafel Mittelfranken 2009 – Hebesätze in Prozent



	Grundsteuer B Gewerbsteuer			Grundsteuer B Gewerbsteuer	
Uehlfeld	365	365	Velden	350	325
Uffenheim	370	340	Vorra	350	350
Weigenheim	400	320	Winkelhaid	330	380
Wilhelmsdorf	360	360			
Landkreis Nürnberger Land			Landkreis Roth		
Alfeld	350	350	Abenberg	330	320
Altdorf b. Nürnberg	310	330	Allersberg	340	330
Burgthann	290	320	Büchenbach	330	320
Engelthal	340	340	Georgensgmünd	310	340
Feucht	250	360	Greding	320	320
Happurg	300	350	Heideck	350	320
Hartenstein	300	320	Hilpoltstein	320	360
Herfenfeld	320	330	Kammerstein	320	320
Hersbruck	285	300	Rednitzhembach	320	340
Kirchsittenbach	300	300	Rohr	300	300
Lauf a. d. Pegnitz	275	330	Roth	340	360
Leinburg	250	300	Röttenbach	450	310
Neuhaus a. d. Pegnitz	250	280	Schwansztetten	320	350
Neunkirchen a. Sand	240	300	Spalt	340	300
Offenhausen	320	300	Thalmassing	350	330
Ottensoos	300	325	Wendelstein	280	360
Pommelsbrunn	300	320			
Reichenschwand	280	299	Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen		
Röthenbach/Pegnitz	275	320	Absberg	500	320
Rückersdorf	300	300	Alesheim	500	350
Schnaittach	360	340	Bergen	500	320
Schwaig b. Nürnberg	250	285	Burgsalach	500	330
Schwarzenbruck	275	360	Dittenheim	525	320
Simmelsdorf	290	310	Ellingen	500	350
			Ettenstatt	500	350
			Gnotzheim	650	320
			Gunzenhausen	340	320
			Haundorf	400	320
			Heidenheim	500	320
			Höttingen	500	350
			Langenaltheim	450	320
			Markt Berolzheim	450	320
			Meinheim	650	350
			Muhr a. See	400	320
			Nennslingen	400	320
			Pappenheim	475	350
			Pföfeld	360	320
			Pleinfeld	410	300
			Pölsingen	300	300
			Raitenbuch	500	300
			Soinhofen	330	320
			Theilenhofen	600	320
			Treuchtlingen	410	330
			Weißenburg i. Bay.	330	340
			Westheim	450	310

Stand Mai 2009. – Quelle: Wirtschaftsförderer/-referenten der Landkreise und kreisfreien Städte. *Stand 2008.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13/ssa-2813

Verantwortliche/r:
Herr Helmut Schmitt

Vorlagennummer:
13-2/001/2010

Mitteilung zur Kenntnis

Anträge zum Haushalt 2010;

hier: Änderungsantrag Nr. 284/2009 der Fraktion Erlanger Linke

Abstimmungsskript für die Fachausschuss-Beratungen zum Ergebnishaushalt

Seite 12, Nr. HH 12

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Mitteilung zur Kenntnis

Stellungnahme des Fachbereichs zum o.g. Fraktionsantrag (siehe Anlage):

Die Fraktion Erlanger Linke beantragt die Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen um 10 % zu kürzen. Die Höhe der Geschäftsführungszuschüsse sowie die gekürzten Beträge ergeben sich aus der Tabelle:

	Monatl.2010	Kürzung um 10%
CSU-Fraktion	4.047	3.642
SPD-Fraktion	2.828	2.545
Fraktion Grüne Liste	1.685	1.516
F.D.P.-Fraktion	916	824
Fraktion Erlanger Linke	841	756
Ödp/FWG-Ausschussgemeinschaft	841	756
Monatl. Gesamtauszahlung	11.158	10.039

(bei Veränderungen grundsätzlich Abrundung auf volle Euro)

Die monatlichen Einsparungen betragen 1.119 Euro, eine jährliche Einsparung in Höhe von 13.428 Euro ist zu erzielen.

Nach § 3 der Gemeindefestsetzung der Stadt Erlangen werden prozentuale Steigerungen im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (Entgeltgruppe 5 TvöD) unmittelbar berücksichtigt. Der Einsparbetrag wird sich im Falle einer Tarifierhöhung verändern.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

III. Zum Vorgang

Ö 10.2.09

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 284/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/13/Hr. Schmitt
mit Referat: II/20/Hr Sponsel

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11.2009

Antrag zum Haushalt 2010:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Antrag auf Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen

Hiermit beantragen wir die Kürzung der Geschäftsführungszuschüsse für die Fraktionen um 10%

Begründung:

Von der Stadtratsmehrheit wurden die Ämter verpflichtet, Kürzungsvorschläge einzureichen. Ebenso wurde ein externer Berater für eine fünfstellige Summe beauftragt, angebliche "Einsparmöglichkeiten" aufzuzeigen.

Unserer Auffassung nach sollten auch die im Stadtrat vertretenen Fraktionen die Konsequenz ihrer Forderung an die Ämter ziehen, und ebenfalls "einsparen".

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
II

Verantwortliche/r:
Konrad Beugel

Vorlagennummer:
II/018/2010

Anträge zum Haushalt 2010

Antrag Erlanger Linke Nr. 283/2009 - Eingang 1.12.2009

"Antrag Bürgerhaushalt"

Abstimmungsskript Seite 90, Ergebnishaushalt lfd. Nr. 20.4 (Seite 21)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	--------	-------------	------------

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Kenntnisnahm e	
---------------------------------------	------------	------------	-------------------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Mitteilung zur Kenntnis

Stellungnahme zu dem o. a. Fraktionsantrag:

Bürgerhaushalte stellen eine neue Qualität der Beteiligung dar, die insbesondere durch Rechenschaftslegung über den Umgang mit Vorschlägen der Bürger erreicht wird. Nach Schrifttum sind folgende fünf Bedingungen für einen Bürgerhaushalt zu erfüllen:

1. Im Zentrum der Beteiligung stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteiffonds allein ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen Ebene ist kein Bürgerhaushalt.
3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushalts- oder steuerpolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.
4. Der Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess, der mittels Internet oder Versammlungen bzw. Treffen geführt wird. Eine schriftliche Befragung allein ist demnach kein Bürgerhaushalt. Ebenso nicht die bloße Öffnung bestehender Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie.
5. Die Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

In Deutschland gibt es einige wenige Beispiele mit der Implementierung von Bürgerhaushalten, so z.B. Köln oder Potsdam (bei einer Präsentation im Dezember 2007 wurde dort von einem Bürger kritisiert: „Es grenzt schon an Zynismus, in einer Zeit, in der die Mittel gegen Null tendieren, die Bürger zu beteiligen“).

Für Erlangen ist folgende Position zu formulieren: Ohne Einbindung der Mitarbeiter aus der Abt. 201 Haushalt wird die Entwicklung eines Bürgerhauses nicht möglich sein. Die Mitarbeiter in dieser Abteilung sind aber seit Jahren durch die Einführung der Doppik extrem belastet. Von einem Abschluss der ersten Phase des Projektes mit Erstellung und Prüfung von Eröffnungsbilanz und erstem Jahresabschluss kann aller frühestens ab 2011 gesprochen werden, wahrscheinlich eher später. Ungelöst sind nach wie vor die Themen flächendeckende Kosten- und Leistungsrechnung, Innere Leistungsverrechnung, Mieter-/Vermietermodell, Budgetierung und Steuerung. Auch an der besseren Verständlichkeit des neuen Haushalts ist noch zu arbeiten, wie das Doppikseminar und der darauffolgende Antrag der Erlanger Linken gezeigt hat.

Gerade in 2009 sind in der Kämmerei viele Themen liegen geblieben zum einen wegen personeller Engpässe, zum anderen wegen zusätzlicher Aufgaben wie z. B. die Gründung des gkU-IT. **Deswegen die dringende Bitte an den Stadtrat: Bevor die „Baustelle“ Doppik nicht weitgehend abgeschlossen ist, bitte keine neue „Baustelle“ wie z. B. Bürgerhaushalt eröffnen**, die zu einer noch weiteren Arbeitsbelastung der 201 Mitarbeiter führt. Die Frage des „Bürgerhaushalts ja oder nein“ sollte deshalb erst in einigen Jahren – je nach Fortschritt der Doppikarbeiten – wieder aufgegriffen werden.

Die Abstimmung erfolgt anhand des Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- III. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009
Antragsnr.: 283/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/Hr. Beugel
mit Referat: OBM/13/Agenda 21

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11.2009

Antrag zum Haushalt 2010:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

Hiermit beantragen wir: „**Antrag Bürgerhaushalt**“

Der Stadtrat gründet beim Beirat zur AGENDA21 einen Arbeitskreis aus StadträtInnen, BürgerInnen und MitarbeiterInnen der Verwaltung, der die Entwicklung eines Bürgerhaushalts vorbereitet. Formen und Inhalte des Projekts werden vom o.g. Arbeitskreis in Angriff genommen.
Dazu werden 25.000€ an Sach.- und Personalkosten bereitgestellt.

Begründung:

1. Die Beteiligung der BürgerInnen an Wahlen geht zurück. Bürgerhaushalte sind ein Versuch, die BürgerInnen daran zu beteiligen, über soziale, kulturelle und politische Sachverhalte per Einfluss auf die Haushaltsgestaltung mitzuentscheiden.
2. Bürgerhaushalte sind im Rahmen der EU im Kommen. So wurde die Stadt Köln Ende 2009 mit dem *European Public Sector Award* für ihren Bürgerhaushalt ausgezeichnet (Informationen unter www.buergerhaushalt.de).
3. Aus demokratiepolitischer Sicht ist es sinnvoll und notwendig, das von der Bayerischen Staatsregierung in ihr Programm aufgenommene Projekt zivilgesellschaftlichen Engagements nicht nur für ehrenamtliche Aktivitäten anzuwenden, sondern auch im Hinblick auf die zentralen Entscheidungen im Bereich demokratischer Willensbildung: Diese finden ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Gestaltung der Haushaltsentscheidungen.

Einige Publikationen aus Deutschland finden Sie im Anhang.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
II/BTM

Verantwortliche/r:
Gudrun von Grundherr

Vorlagennummer:
II/019/2010

Anträge zum Haushalt 2010
Antrag Erlanger Linke Nr. 287/2009
Kapitalerhöhung GEWOBAU
Abstimmungsskript Seite 68, Finanzhaushalt Nr. 42

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Mitteilung zur Kenntnis

Stellungnahme zu dem o. a. Fraktionsantrag.

Es besteht für den Gesellschafter Stadt keine vertragliche Verpflichtung, die geplante Kapitalerhöhung bei der GEWOBAU mit ca. 24.700 Euro (522.300 IP 62.1) durchzuführen.

Am 30.09.2004 wurde vom Stadtrat beschlossen, die Zinsen für die städtischen Wohnungsbauförderdarlehen analog der sog. „Staatsbaudarlehen“ der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt zum 01.01.2005 anzuheben. Diese Zinsanhebung war damals angeraten, da die Landesbodenkreditanstalt ansonsten verpflichtet gewesen wäre, die Darlehenszinsen der von ihr vergebenen Kredite um den entsprechenden Betrag zusätzlich zu erhöhen. Die Mieter der GEWOBAU wurden daher durch die Zinsanhebung für die städtischen Darlehen nicht zusätzlich belastet.

In Ergänzung zum Beschluss über die Zinsanhebung wurde am 30.09.2004 per Protokollvermerk aus dem Stadtrat heraus beschlossen, die resultierenden Zinsmehreinnahmen der Stadt „für die dringend notwendigen Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten“ der GEWOBAU zur Verfügung zu stellen. In Umsetzung dieses Beschlusses wurden der GEWOBAU im Jahr 2008 insgesamt 77.896,21 Euro (Zinsmehreinnahmen der Jahre 2005 bis 2007) und in 2009 25.101,54 Euro (Zinsmehreinnahmen 2008) als Einlage in die Kapitalrücklage gewährt.

Bei der Kapitaleinlage handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Gesellschafters Stadt Erlangen. Da der Stadtratsbeschluss selbst keine gesellschaftsrechtliche Relevanz hat und der Gesellschafter diesbezüglich keine vertragliche Verpflichtung mit der GEWOBAU eingegangen ist, sondern die Kapitaleinlage in Höhe der Zinsmehreinnahmen des Vorjahres alljährlich neu an die GEWOBAU ausreicht, kann der Stadtrat seinen Beschluss vom 30.09.2004 jederzeit wieder zurücknehmen.

Die Abstimmung erfolgt anhand der Abstimmungsskriptes. Der Antrag ist durch die Abstimmung bearbeitet.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- III. Zum Vorgang

Ö 10.2.5

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Engang: 01.12.2009
Antragsnr.: 287/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/BTM/v. Grundherr
mit Referat: II/20/Hr. Schmied

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktion Erlanger Linke

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Und nach Vereinbarung

tel 09131/86-1789
fax 09131/86-1791
e-mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de
<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de/>
www.twitter.com/erlangerlinke

Erlangen, den 30.11.2009

Antrag zum Haushalt 2010:

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

522.300 IP 62.1 Kapitelerhöhung GeWoBau in Höhe von 24.700.00 €
entfällt

Begründung:

Bereits im letzten Jahr wurde das Kapitel der GeWoBau um 282 T€ erhöht mit der Begründung: „Auszahlung für den Erwerb von Finanzvermögen“. In diesem Einsparungsjahr wird kein Finanzvermögen erworben.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze
Stadtrat

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Sponsel

Vorlagennummer:
II/016/2010

Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2010)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	--------	-------------	------------

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss
--

20.01.2010	öffentlich	Gutachten
------------	------------	-----------

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Herr Schmied

Vorlagennummer:
II/017/2010

Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm der Fachämter für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist (siehe aufbereitete Antragsunterlagen zum Haushalt 2010)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem anhängenden Abstimmungsskript.

II. Begründung

Anlagen: Abstimmungsskript

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/GsT

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/004/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm der Gleichstellungsstelle (Gst)

- Siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form ab Seite 9

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 für die Gleichstellungsstelle wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Gleichstellungsstelle wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 der Gleichstellungsstelle wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
PR

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/005/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Personalrates (PR)

- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 15

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 für den Personalrat wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für den Personalrat wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Personalrates wird unter Berücksichtigung des noch festzustellen Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
eGoV

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/006/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm des eGovernment-Center (eGoV)

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 des eGovernment-Center wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das eGovernment-Center wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des eGovernment-Center wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Ö 12.3

Anlage Abstimmung zur Vorlage: II/006/2010

Referat Amt
 II RUA

Tel. Nr.:
09131/86- 2437

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm des eGovernment-Center (eGoV)

Abstimmung:

Gutachten des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschluss des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/11

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/007/2010

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm des Personal- und Organisationsamtes (Amt 11)
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 27**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 des Personal- und Organisationsamtes wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Personal- und Organisationsamt wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Personal- und Organisationsamtes wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/008/2010**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Bürgermeister und Presseamtes (Amt 13)
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 35**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

1. Der Stellenplan 2010 des Bürgermeister- und Presseamtes wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Bürgermeister- und Presseamt wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Bürgermeister- und Presseamtes wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung**Anlagen: Arbeitsprogramm**

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/009/2010

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 der Stadtkämmerei sowie Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit (Amt 20 mit II/WA)
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 55 -**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 für die Stadtkämmerei sowie für die Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für die Stadtkämmerei und Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 der Stadtkämmerei sowie Abt. Wirtschaftsförderung und Arbeit wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/30

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/010/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Recht und Statistik (Amt 30)

- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 95 -

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 des Amtes für Recht und Statistik wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamthöhe) für die Gleichstellungsstelle wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Recht und Statistik wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage Abstimmung zur Vorlage: II/010/2010

Referat Amt
 II RUA

Tel. Nr.:
09131/86- 2437

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Recht und Statistik

(Amt 30)

- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 95 -

Abstimmung:

Gutachten des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschluss des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
III/33

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/011/2010**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Bürgeramtes
(Amt 33)****- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 119 -**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

1. Der Stellenplan 2010 des Bürgeramtes wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Bürgeramt wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Bürgeramtes wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung**Anlagen: Arbeitsprogramm**

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
III/34

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/012/2010**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Standesamtes
(Amt 34)****- siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form ab Seite 125 -**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

1. Der Stellenplan 2010 für das Standesamt wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) für das Standesamt wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Standesamtes wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung**Anlagen: Arbeitsprogramm**

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/36

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/013/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Fleischhygiene (Amt 36)

- siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form ab Seite 131 -

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 des Amtes für Fleischhygiene wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) des Amtes für Fleischhygiene wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Fleischhygiene wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage Abstimmung zur Vorlage: II/013/2010

Referat Amt
 II RUA

Tel. Nr.:
09131/86- 2437

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für
Fleischhygiene
(Amt 36)**

- siehe Arbeitsprogramm 2010 in gebundener Form ab Seite 131 -

Abstimmung:

Gutachten des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschluss des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/37

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/014/2010

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz Amt 37
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 137 -**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.
2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/39

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
II/015/2010

**Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)
- siehe Arbeitsprogramme 2010 in gebundener Form ab Seite 145 -**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	20.01.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Stellenplan 2010 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet. Das Gesamtbudget (die Gesamtbudgethöhe) des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird vorbehaltlich der Haushaltsberatungen begutachtet.

2. Das Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz wird unter Berücksichtigung des noch festzustellen Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Anlagen: Arbeitsprogramm

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 8 Jahresüberschuss Sparkasse geht an Stadt für gemeinnützige Zwecke	
Vorlage 13-2/007/2010	5
Fraktionsantrag Nr. 311/2009 der Fraktion Grüne Liste vom 01.12.2009	7
TOP Ö 9 Kommunales Integrationsprojekt (Nachfolge SPUTNIK)	
Vorlage 13/001/2010	9
Konzept für ein kommunales Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK)	11
Beschluss des Stadtrates vom 29.10.2009 - Integrationsprojekt - Weiche	19
Antrag Nr. 303/2009 der FDP-Fraktion vom 01.12.2009 13/001/2010	22
Antrag Nr. 331/2009 der FDP-Fraktion vom 29.12.2009 13/001/2010	23
TOP Ö 10.1 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010 (siehe Verwaltungsvorl	
Vorlage BM/ZV/004/2010	24
Anlage Abstimmung BM/ZV/004/2010	25
Anlage - Fraktionsantrag der FDP Nr. 331 vom 28.12.2009 BM/ZV/004/201	26
Vorlage Stellenplan Fachausschuss HFPA BM/ZV/004/2010	27
TOP Ö 10.2.1 Anträge zum Haushalt 2010	
Mitteilung zur Kenntnis II/003/2009	31
Antrag der Erlanger Linke Nr. 289/2009 II/003/2009	32
TOP Ö 10.2.2 Anträge zum Haushalt 2010 Antrag auf Nivellierung der Gewerbesteue	
Mitteilung zur Kenntnis 202/002/2009	33
Antrag Erlanger Linke Nr. 286/2009 202/002/2009	35
Realsteueratlas 2009 202/002/2009	36
TOP Ö 10.2.3 Anträge zum Haushalt 2010, Antrag Nr. 284/2009 der Erlanger Linken	
Mitteilung zur Kenntnis 13-2/001/2010	38
Antrag Nr. 284/2009 der Fraktion Erlanger Linke vom 01.12.2009 13-2/0	39
TOP Ö 10.2.4 Anträge zum Haushalt 2010	
Mitteilung zur Kenntnis II/018/2010	40
Antrag Erlanger Linke Nr. 283/2009 II/018/2010	42
TOP Ö 10.2.5 Anträge zum Haushalt 2010	
Mitteilung zur Kenntnis II/019/2010	43
Antrag Erlanger Linke Nr. 287/2009 II/019/2010	44
TOP Ö 10.3 Fachamtsbudgets für die der HFPA als Fachausschuss zuständig ist	
Vorlage II/016/2010	45
TOP Ö 10.4 Anträge zum Finanzhaushalt/Investitionsprogramm der Fachämter	
Vorlage II/017/2010	46
TOP Ö 12.1 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm der Gleichstellungss	
Vorlage II/004/2010	47
Anlage Abstimmung II/004/2010	48
TOP Ö 12.2 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Personalrat	
Vorlage II/005/2010	49
Anlage Abstimmung II/005/2010	50
TOP Ö 12.3 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm des eGovernment-Cent	
Vorlage II/006/2010	51
Anlage Abstimmung II/006/2010	52
TOP Ö 12.4 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm des Personal- und Or	
Vorlage II/007/2010	53

Anlage Abstimmung II/007/2010	54
TOP Ö 12.5 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Bürgermeist	
Vorlage II/008/2010	55
Anlage Abstimmung II/008/2010	56
TOP Ö 12.6 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 der Stadtkämmer	
Vorlage II/009/2010	57
Anlage Abstimmung II/009/2010	58
TOP Ö 12.7 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für R	
Vorlage II/010/2010	59
Anlage Abstimmung II/010/2010	60
TOP Ö 12.8 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Bürgeramtes	
Vorlage II/011/2010	61
Anlage Abstimmung II/011/2010	62
TOP Ö 12.9 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Standesamte	
Vorlage II/012/2010	63
Anlage Abstimmung II/012/2010	64
TOP Ö 12.10 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für	
Vorlage II/013/2010	65
Anlage Abstimmung II/013/2010	66
TOP Ö 12.11 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für	
Vorlage II/014/2010	67
Anlage Abstimmung II/014/2010	68
TOP Ö 12.12 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2010 des Amtes für	
Vorlage II/015/2010	69
Anlage Abstimmung II/015/2010	70
Inhaltsverzeichnis	71